

Thema:

Beiträge zu Straßenbaumaßnahmen

Fragestellung:

Die Beitragsansprüche für Straßenerschließungs- oder Ausbaubeiträge entstehen zu unterschiedlichen Zeitpunkten, wie nachfolgend dargestellt:

1. Erschließung: mit Widmung der Straße
2. einmalige Ausbaubeiträge: mit Eingang der letzten Unternehmerrechnung
3. wiederkehrende Beiträge: mit Ablauf des 31.12. für das abgelaufene Jahr

1. Erschließung

- Fertigstellung der Straße in 2006. Aktivierung der Straße und Abschreibung ab 2006.

In 2005 ist eine Vorausleistung von 50 v.H. auf den Erschließungsbeitrag erhoben worden. Diese Vorauszahlung wird mit Aktivierung der Straße in den Sonderposten eingestellt und entsprechend der Abschreibungsdauer ertragswirksam aufgelöst.

Die Widmung der Straße erfolgt in 2007. Die sachliche Beitragspflicht entsteht in 2007. Die endgültige Festsetzung des Beitrags erfolgt in 2008. Der festgesetzte Beitrag wird dem bereits bestehenden Sonderposten zugeschrieben und über die verbleibende Restnutzungsdauer der Straße aufgelöst.

Fragen:

Muss für die Zeit ab Entstehen des sachlichen Beitragsanspruchs (in 2007) bis zur Bescheiderstellung der Endabrechnung in 2008 eine sonstige Forderung ausgewiesen und somit ein Sonderposten bereits passiviert werden?

Welche bilanziellen und buchungstechnischen Auswirkungen ergeben sich, wenn die sonstige Forderung durch die Endabrechnung „befriedigt“ wird?

2. Einmaliger Straßenausbaubeitrag

- Fertigstellung der Straße in 2005. Aktivierung der Straße in 2005.

Die letzte Unternehmerrechnung geht in 2007 ein, d.h. die sachlichen Beitragspflichten entstehen in 2007.

Die Beitragsabrechnung erfolgt erst in 2009.

Fragen:

Ist für 2007 (Entstehen des Beitragsanspruchs) bereits eine sonstige Forderung sowie der Sonderposten auszuweisen? Gibt es hier Wahlmöglichkeiten?

Müssen Unterschiede zwischen Erschließungs- und Ausbaubeiträgen gemacht werden?

Zwischen Fertigstellung der Straße sowie der Aktivierung des Anlagegutes Straße und der Endabrechnung können gelegentlich etliche Jahre liegen. Dies hat unter Umständen zur Folge, dass im Ergebnishaushalt Abschreibungen „erwirtschaftet“ werden müssen, denen (noch) keine entsprechende Auflösung von Sonderposten gegenübersteht.

Gibt es Möglichkeiten, die „Abschreibungslast“ haushaltsmäßig „abzufedern“?

3. wiederkehrende Straßenausbaubeiträge

- Die Straßenbaumaßnahme erstreckt sich über die Jahre 2005 bis 2008. Fertigstellung und Aktivierung der Straße erfolgte in 2008.

Für 2005 und 2006 ist die Endabrechnung des wiederkehrenden Straßenbeitrags in 2007 erfolgt.

Frage:

Ist der Beitrag auf Anzahlungen für Sonderposten zu buchen, weil das Anlagegut noch nicht aktiviert ist?

Die sachlichen Beitragspflichten für 2005 entstehen m.Ä.d. 31.12.2005. Muss für die Zeit zwischen Entstehen der sachlichen Beitragspflichten und der Festsetzung des wiederkehrenden Beitrags 2005 in 2007 eine sonstige Forderung und somit bereits ein Sonderposten ausgewiesen werden?

Ist diese Buchung dann im Jahresabschluss 2005 oder 2006 einzubuchen oder wird der Sonderposten erst mit Festsetzung der Beiträge in 2007 passiviert?

Fallabwandlung:

Es werden verschiedene Straßen ausgebaut; zum Teil sind nur einzelne Straßenbestandteile betroffen oder auch nur Abschnitte einer Straße.

Der wiederkehrende Beitrag kann keinem Anlagegut direkt bzw. nur mit unverhältnismäßigem Aufwand einem Anlagegut zugeordnet werden.

Frage:

Besteht die Möglichkeit, für diese Fälle (ähnlich wie die Vereinfachungsregel in § 10 Abs. 4 GemEBilBewVO) den Beitrag in einen gesonderten Sonderposten einzustellen und mit einem sachgerechten ermittelten bzw. einem pauschalen Prozentsatz von 5 v.H. aufzulösen?

Antwort:

Zu 1.

Eine Forderung ist immer erst dann einzubuchen, wenn sie durch Bescheid festgesetzt wird. Der nach Maßgabe der Endabrechnung zu zahlende Betrag kann daher nicht als sonstige Forderung

ausgewiesen und in den Sonderposten eingestellt werden, auch wenn sein Entstehungsgrund im Jahr 2007 liegt.

Allerdings werden die Vorausleistungen auf Straßenbeiträge mit Fertigstellung der Straße in einen Sonderposten umgebucht. Dieser Sonderposten wird ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung der Straßen ertragswirksam aufgelöst. Auf den Zeitpunkt der Beitragsabrechnung kommt es hierfür nicht an.

Zu 2.

Wie zu 1. ausgeführt, ist vor der Endabrechnung keine sonstige Forderung auszuweisen. Dies gilt für Erschließungsbeiträge ebenso wie für Ausbaubeiträge.

Eine Entlastung der Ergebnisrechnung kann über die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens erfolgen, der nach Maßgabe der Ausführungen zu 1. aufgrund der Vorausleistungen gebildet wurde. Die „Abfederung“ erfolgt daher über die Erhebung von Vorausleistungen.

Zu 3.

Die Beiträge sind bis zur Fertigstellung der Straße als Anzahlungen auf Sonderposten zu erfassen.

Vor der Festsetzung der Beiträge ist, wie zu 1. und zu 2. ausgeführt, weder eine Forderung noch ein Sonderposten zu aktivieren.

Kann ein Beitrag keinem bestimmten Vermögensgegenstand zugeordnet werden, so ist er entsprechend § 38 Abs. 2 S. 3 GemHVO in einen gesonderten Sonderposten einzustellen, der entsprechend § 38 Abs. 2 S. 4 GemHVO nach Maßgabe eines sachgerechten, gemeindebezogen ermittelten Prozentsatzes aufzulösen ist. Wir empfehlen eine Auflösung analog zu den Vermögensgegenständen im Bereich der Straßenmaßnahmen.
